

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 80 38/39
Telex: 08 88 848 pbbn d

Inhalt

Antje Huber MdB, Bundesgesundheitsministerin, kritisiert die Überwachung von Patienten in Pflegeheimen per Kamera: Orwell im Altenheim?

Seite 1

Diether Posser MdL gibt einen Ausblick auf den Rechtspolitischen Kongreß der SPD in Saarbrücken: Vor wichtigen und schwierigen Fragen.

Seite 2

Bernt Engelmann antwortet: Diese abscheuliche menschenverachtende Sprache ist mir nicht neu.

Seite 3/4

Heinz Menzel MdB fragt, ob die "Leitenden Angestellten" in das vorige Jahrhundert zurückfallen wollen: Zurück in den Ständestaat?

Seite 5/6

Dokumentation

Herbert Wehners Brief an die Rentnerinnen und Rentner.

Seite 7/8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02221) 8 12-1

35. Jahrgang / 40

7. Februar 1980

Orwell im Altenheim?

Immer mehr Überwachung von Pflegeheim-Bewohnern per Kamera

Von Antje Huber MdB
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

In manchen Altenpflegeheimen werden die Bewohner jetzt mit einer Fernsehkamera "betreut". Diese Fälle melden sich.

Die elektronischen Aufpasser haben durchaus einleuchtende Vorteile, wo von Personalmangel, Arbeits- und Kostenbelastung die Rede ist. Man kann auch nichts gegen Technik und Rationalisierung dort sagen, wo sie vertretbar und hilfreich ist, zum Beispiel auf Intensivstationen.

Aber wenn in einem Pflegeheim ein Bettlägeriger den ganzen Tag das Fernsehbild auf sich gerichtet sieht, wird die Sache unter Humanitätsgesichtspunkten äußerst fragwürdig. Es entsteht außerdem die Gefahr, daß der persönliche Kontakt mit dem Pflegepersonal noch geringer wird, wenn der Blick auf den Monitor keine besonderen Vorkommnisse erkennen läßt. Wo in Pflegeheimen diese "Big-Brother-Methode" bereits praktiziert wird, fehlt hier noch die Übersicht über die gesamte Problematik. Aber es gibt Anfänge, denen man wehren muß.

Ich lasse zur Zeit prüfen, ob die Überwachungs-Betreuung rechtlich zulässig ist. Zweifel sind erbracht, ob hier nicht eine Verletzung der Grundrechte (Schutz der Menschenwürde, Allgemeines Persönlichkeitsrecht oder Unverletzlichkeit der Wohnung) vorliegen.

Zu den wichtigsten Erkenntnissen der Psychologie gehört die, daß Therapieerfolge sehr eng zusammenhängen mit persönlicher Zuwendung, menschlichem Kontakt. Fernseh-Überwachung wird ihn reduzieren. Aufgrund der geschätzten Tatbestände ist die Diskussion um einen ausreichenden Mindestpersonalschlüssel für Pflegeheime dringlicher geworden. Der vom Bundesrat vorgesehene Schlüssel 1:5 reicht nicht aus, weil man menschliche Zuwendung nicht durch Technik ersetzen kann. Es ist schon schwierig genug für viele Menschen, zum "Pflegefall" zu werden. Orwell im Altenheim wäre die Preisgabe des letzten Restes von Persönlichkeitsphäre, auf die auch der kranke alte Mensch Anspruch hat. (-/27.2.1980/Ks/ca)



Vor wichtigen und schwierigen Fragen

Zum Rechtspolitischen Kongreß der SPD vom 29. Februar bis 2. März 1980 in Saarbrücken

Von Dr. Diether Posser MdL

Vorsitzender der Kommission für Rechtspolitik beim SPD-Vorstand

Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Der an diesen Wochenende stattfindende 5. Rechtspolitische Kongreß der SPD wird sich unter dem Generalthema "Von der bürgerlichen zur sozialen Rechtsordnung" mit aktuellen rechts- und gesellschaftspolitischen Fragen unserer Zeit auseinandersetzen. Zahlreiche und auch über die Grenzen unseres Landes hinaus bekannte Wissenschaftler, Rechtspraktiker und Politiker haben ihre Teilnahme am Kongreß zugesagt.

In den vier Arbeitsgruppen des Kongresses werden sie die Themenbereiche "Gleichberechtigung der Frau im Arbeitsleben", "Familienverantwortung im sozialen Rechtsstaat", "Soziale Grundrechte" und "Verfahrensrechte in der sozialen Rechtsordnung - Wie kommt der Bürger zu seinem Recht?" öffentlich diskutieren.

Dabei wird sich eine Arbeitsgruppe mit den wichtigsten Einzelaspekten der Erscheinungsformen der Benachteiligung von Frauen im Arbeitsleben und ihren Ursachen befassen und Erfahrungsberichte über Versuche zum Abbau diskriminierender Regelungen präsentieren. Die Diskussionen werden ergeben, inwieweit neue materiell-rechtliche Bestimmungen sowie neue Durchsetzungsmöglichkeiten der Gleichberechtigung geschaffen werden müssen. Für die Diskussionen wird es hilfreich sein, daß zahlreiche ausländische Gäste über die Erfahrungen und Probleme bei der Verwirklichung der Chancengleichheit der Frauen im Arbeitsleben in ihren Ländern berichten können.

Wichtige und schwierige Fragen im Bereiche des Bürgerlichen und Sozialrechts werden anhand des Familienrechts in der Arbeitsgruppe II dargestellt. Hierzu wird im Bereich des Unterhaltsrechts die Frage nach den Zielsetzungen des bürgerlich-rechtlichen Familienunterhalts und des Rechts sozialer Leistungen gestellt. Als ein weiterer Schnittpunkt des Privat- und des Sozialrechts soll die Problematik des Heimvertrages behandelt werden, wobei der Heimvertrag als Modell einer Begrenzung der Vertragsfreiheit durch Grundrechte des "Seniorbürgers" diskutiert werden soll.

Eine weitere Arbeitsgruppe wird sich schließlich der ambitionierten Frage der Aufnahme sozialer Grundrechte in die Verfassung zuwenden. Die bisherige verfassungsrechtliche wie politische Diskussion hierüber war weitgehend von rigoroser Ablehnung auf der einen oder euphorischer Überschätzung auf der anderen Seite bestimmt. Vor dem Hintergrund sozialdemokratischen Rechts- und Verfassungsdenkens und unter Einbeziehung entsprechender Bestrebungen in anderen Ländern und Rechtsordnungen soll eine nüchterne Bestandsaufnahme der inhaltlichen Möglichkeiten und Gefahren versucht werden.

Mit Problemen der Mitwirkung des Bürgers im Verwaltungs- und im Gerichtsverfahren beschäftigt sich eine weitere Arbeitsgruppe. Gerade die Forderung nach einer verstärkten Mitwirkung des Bürgers in allen Bereichen des öffentlichen Lebens stellt ein besonderes Anliegen der Sozialdemokratie dar. Willy Brandt hatte in seiner Regierungserklärung 1969 diese Forderung mit der schlichten und prägnanten Formel umschrieben: "Wir wollen mehr Demokratie wagen."

Aber nicht nur Überlegungen zur Ausweitung der Mitwirkungsrechte des Bürgers und zur Frage, welche Grenzen gegebenenfalls das Erfordernis der Verfahrensbeschleunigung einer Ausuferung von Mitwirkungsmöglichkeiten setzen könnte, gehören zum Themenkatalog dieser Arbeitsgruppe. Auch die wichtigen Probleme des Umgangs und der Kommunikation zwischen Verwaltung, Gerichten und dem Bürger in rechtlicher und sozial-psychologischer Hinsicht werden in diesem Zusammenhang diskutiert. Denn die Aufdeckung bestehender Kommunikationsbarrieren und die Ermittlung ihrer Ursachen sowie Maßnahmen zur Verständigung zwischen Bürgern und den staatlichen Stellen sind Anliegen, mit denen sich unsere Partei seit längerem beschäftigt.

Ebenso wie von den vorangegangenen Rechtspolitischen Kongressen der SPD erhofft sich auch dieser, daß von ihm Anstöße für eine zeitgerechte Rechtspolitik ausgehen, die nicht nur in der Programmatik der SPD, sondern auch irgendwann in der Gesetzgebung und in der Rechtspraxis ihren Niederschlag finden.

(-/27.2.1980/ks/ca)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollem Rohstoff
Recycling-Papier



Antwort des Betroffenen

Diese abscheuliche menschenverachtende Sprache ist mir nicht neu

Von Bernt Engelmann

Vorsitzender des Schriftstellerverbandes in der IG Druck und Papier

Die Herren Strauß und Stoiber versuchen, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Ihre Schriftstellerbeschimpfung, schon vor anderthalb Jahren begonnen und dokumentarisch belegbar, soll jetzt allein mir gegolten haben, nicht meinen Kollegen. Ich allein, sagen sie, sei eine Ratte, eine Schmeißfliege, also vernichtenswertes Ungeziefer.

Diese abscheuliche menschenverachtende Sprache ist mir nicht neu. Sie machte mich schon 1933 betroffen, erst recht 1938, als man die Wohnungen unserer jüdischen Nachbarn verwüstete, als sich deren Töchter zu uns flüchteten, totenbleich und noch mit der Spucke verhetzter Rowdies im Gesicht. Damals war ich 17. Ich schämte mich, Deutscher zu sein und nahm mir vor, das Nazitum zu bekämpfen, solange ich lebte. Damals war der sechs Jahre ältere Franz Strauß, Einserabiturient eines humanistischen Elite-Gymnasiums und Student der Altphilologie, bereits "weltanschaulicher Referent" beim Münchner Sturm 23/M 86 jenes NSKK, das die Rollkommandos zum Pogrom-Einsatz gefahren hatte. (Herr Godel Rosenberg, der der Presse heute weismachen will, es habe gar keine "weltanschaulichen Referenten" des NSKK gegeben, prüfe doch einmal die Personalakte des Stud.phil. Franz Strauß - E III F, C/43 B -, vor allem aber die NSKK-Richtlinien, nach denen sein Chef damals Pogrom- und Kriegshetze zu betreiben hatte, freiwillig natürlich, denn niemand war dazu gezwungen.)

Sechs Jahre später, 1944, erfüllte der Oberleutnant Strauß eine andere "ausschließlich politisch-weltanschaulich-nationalsozialistische" Aufgabe, wiederum freiwillig. Dies festzustellen ist nicht, wie die Unionssprecher Unisono behaupten, "üble Geschichtsfälschung", es handelt sich vielmehr um eine anhand von Dokumenten nachprüf-bare Tatsache.

Was mich betrifft, so befand ich mich 1944 bereits in Gestapohaft, weil ich mit anderen den Verfolgten Asyl geboten und ihnen zur Flucht verholfen hatte. Ich kam



In ein KZ der Stufe IV (Vernichtungslager). Daß ich mit dem Leben und mit nur zur Hälfte der haftbedingten Körperschäden verminderteter Erwerbsfähigkeit davongekommen bin, daß ich dann ins "leichtere" KZ Dachau kam (gar nicht weit vom Heimatposten des NSFO Strauß), verdankte ich Männern, die nicht erst - so H.H. Kirst über Oberleutnant Strauß - "in den letzten Wochen des Krieges und in den Monaten danach" eindeutige Nazigegner waren.

Damit kein Irrtum entsteht: Hätte sich Strauß seitdem Überzeugend gewandelt, dann wären für mich seine Jugendsünden ein verzeihlicher Irrtum und längst vergessen. Doch als sich unsere Wege erstmals kreuzten, in den 50er Jahren, da entdeckte ich als Berater des nunmehr christdemokratischen Herrn Verteidigungsministers just jenen Üblen Judenheter Dr. Eberhard Taubert, der eine Blitzkarriere im Göbbelsministerium und beim Volksgerichtshof gemacht hatte, der verantwortlich war für die im Massenmord endende Gleichsetzung von Menschen mit gefährlichen, daher auszurottendem Ungeziefer. Ausgerechnet er beriet Minister Strauß in "psychologischer Kriegsführung", und noch in den 70er Jahren, bis zu seinem Tode im roten Porsche, wurde "Ratten-Taubert" von Strauß mit Geld versorgt, meist auf Kosten der Steuerzahler, und Taubert machte dafür Strauß-Propaganda.

So hat es mich kaum überrascht, von Herrn Strauß als "Ratte und Schmeißfliege" verunglimpft und damit zur Vernichtung empfohlen zu werden. Betroffen gemacht hat mich, daß mein Name nun auch im jüngsten Verfassungsschutzbericht, "politische Sicherheitslage in Bayern" steht, unter der Rubrik "linksextremistische Aktivitäten" und der Ziffer 1.6 "Kampagne gegen den CDU/CSU-Kanzlerkandidaten" - so als ob ich die Sicherheit Bayerns bedrohte und nicht Strauß die meine. Noch mehr betroffen macht mich die matte Reaktion der anständigen Menschen unter meinen politischen Gegnern auf diese Ungeheuerlichkeiten. Stehen sie schon so sehr im Banne des Rattenfängers, der sich christlich und sozial zu nennen wagt, daß sie gegen die Sprache der Mörder der einstigen und der künftigen, nicht mehr aufbegehren? (-/27.2.1980/ks/ca)

+ + +

Redaktioneller Hinweis:

Die Redaktion ist nicht der Auffassung, daß das wesentlichste Argument, das gegen den Kanzlerkandidaten Strauß spricht, seine Vergangenheit ist. Wir sind aber der Meinung, daß so Angegriffener wie Bernt Engelmann eine Möglichkeit zu einer Antwort als Betroffener haben sollte.



Zurück in den Ständestaat

Wollen die "Leitenden Angestellten" in das vorige Jahrhundert zurückfallen?

Von Heinz Menzel MdB

Stellvertretendes Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit- und Sozialordnung

"Elite" ist ein fragwürdiger Begriff. Zum einen ist er fragwürdig geworden, weil nüchternes Nachforschen ergab, daß ein großer Teil derjenigen Menschen, die zur sogenannten "Elite" zählen, aufgrund einer gesellschaftlichen Stellung oder der seiner Familien weitaus mehr Chancen als andere hatte, seine Fähigkeiten zu entfalten. Zum anderen ist mit dem Begriff im Laufe der Geschichte derart Schindluder getrieben worden - ich brauche nur daran zu erinnern, wer im sogenannten Dritten Reich als "Elite" bezeichnet wurde - daß wir beim Umgang mit diesem Wort zurecht Vorsicht walten lassen.

Suspekt scheinen mir vor allem diejenigen zu sein, die das Urteil ihrer Umwelt gar nicht erst abwarten, sondern sich - wie jetzt Führungskräfte der Wirtschaft während eines Symposiums - selbst zur "Elite dieses Landes" erklären, mit dem Selbstverständnis, zu "immer weniger werdende(n) Menschen" zu gehören, "die immer mehr arbeiten müssen, damit immer mehr weniger arbeiten können."

Ich möchte die Leistung einzelner Wirtschaftsführer nicht in Abrede stellen. Ich möchte auch nicht auf die Frage eingehen, was den Führungskräften der Wirtschaft ermöglichte, in Positionen mit derartigen Machtbefugnissen und hohen Einkommen aufzusteigen. Auch nicht darauf, ob die Werte, die sie mit ihrer Arbeit vertreten und symbolisieren, tatsächlich als Leithilder für die Menschen in unserer Gesellschaft gelten können, was man von einer "Elite" erwarten dürfte.

Entscheidend aber ist die Frage: Was tun die Wirtschaftsmanager, um immer mehr Menschen in die Lage zu versetzen, bei wichtigen Entscheidungen mitzuwirken, selbständig Verantwortung übernehmen zu können? Die Herren beklagen sich über den "Verlust an Motivation." Aber die Arbeitgeberverbände scheuen keine Anstrengung um zu verhindern, daß Arbeitnehmer durch Mitbestimmung im Betrieb und in der Wirtschaft zur Verantwortung übernehmender und sich dessen bewußter Mitarbeiter motiviert werden. Die wirtschaftliche Macht, die sie innehaben, sind sie von sich aus nicht bereit zu teilen, beziehungsweise setzen Gesetzesinitiativen, die darauf ausgerichtet sind, heftigen Widerstand entgegen. Nur die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen aber könnte verhindern, daß sich diese Wirtschaftsmacht - wie in der Vergangenheit schon oft - unheilvoll für breite Schichten der Bevölkerung auswirkt.

Nur die Beteiligung an Entscheidungen, nicht materielle Anreize allein, sind eine echte Motivation. Wer sie verhindert, macht sich unglaublich, wenn er ihr Fehlen beklagt.

Das Beispiel der Mitbestimmung macht deutlich, daß die Wirtschaftsführer von sich aus nicht bereit sind, anderen die gleichen Aufstiegs- und Machtmöglichkeiten einzuräumen, sondern ihre Politik darauf ausrichten, die eigene Machtposition abzusichern und auszubauen. Ein weiteres Beispiel dieses Elitedenkens ist die Bildungspolitik, für die Führungskräfte der Wirtschaft und die politische Organisationen eintreten, die ihre Interessen wahrnehmen. Auf's Schärfste bekämpfen die Privilegierten den Versuch von Sozialdemokraten, unterstützt von den Gewerkschaften zu mehr Chancengleichheit beizutragen und durch Gesamtschulen mehr Kindern aus nicht- oder unterprivilegierten Familien einen ihren Fähigkeiten entsprechenden gesellschaftlichen Aufstieg zu ermöglichen. Der Ausspruch "die Führungsaufgabe der Elite" müsse es sein, "jeden in seiner Leistungsstärke zu akzeptieren", bleibt angesichts dieser Politik eine Phrase.



Auch die Klage der Manager über den "Verlust an Selbständigkeit in Deutschland" muß sich eine Prüfung auf seine Glaubwürdigkeit hin gefallen lassen. Die Wirtschaftsführer sprechen von einer "kalten Sozialisierung" und erwecken so den Eindruck, als ob der Staat es sei, dem die Schuld dafür zufalle, daß die Anzahl der Selbständigen zurückgeht. Sozialdemokraten und Gewerkschaften haben alle Hände voll zu tun bei dem Versuch, die übergroße Macht der multinationalen Konzerne einzudämmen und unter Kontrolle zu bringen. Ohne staatliche Hilfen gerade für kleine und mittlere Unternehmen hätte der Konzentrationsprozeß, den die Konzerne verursachen, längst viel grandiosere Formen angenommen.

Die gleichen Herren, die sich zum Gralshüter der freien Marktwirtschaft erheben, hier aber lautstark staatliche Eingriffe zugunsten der Selbständigen fordern, sind es, die jede politische Maßnahme zur Einschränkung der Macht der Konzerne vehement ablehnen. Sie leugnen die Tatsache, daß ohne den Staat als Klemptner der freien Marktwirtschaft Arbeitslosigkeit und wachsende Konzentration längst unkontrollierbare Ausmaße angenommen hätten. Welcher Arbeitnehmer soll diesen unentwerrbar widersprüchlichen Argumenten einer selbsternannten "Elite" Glauben schenken?

Den Gewerkschaften werfen die Führungskräfte aus der Wirtschaft vor, egalitär zu sein und ihre besonderen Interessen nicht wahrzunehmen. Auf Arbeitnehmerorganisationen, die ihre Mitglieder gleich behandeln und keine Gruppe von ihnen privilegieren, sind die Lohnabhängigen in unserem Land stolz. Wollen die "Leitenden Angestellten" in den Ständestaat des vorigen Jahrhunderts zurückfallen, wenn sie jetzt eigene Organisationen fordern? Die kleine Minderheit von Führungskräften mit großen Machtbefugnissen, die Arbeitgeberfunktionen ausübt, braucht den Schutz starker Gewerkschaften nicht. Die übrigen "leitenden Angestellten" müssen sich klar darüber werden, auf welcher Seite sie ihrer Stellung im Unternehmen entsprechend stehen. Üben sie Arbeitgeberfunktionen nicht aus und haben deshalb ein echtes Schutzbedürfnis dem Arbeitgeber gegenüber, sollten sie daraus die einzig richtige Konsequenz ziehen und sich im Deutschen Gewerkschaftsbund organisieren.

Die Verschleierung ihrer wirklichen Situation kann nur dazu führen, daß besser bezahlte Angestellte sich zum Puffer zwischen herrschendem Management und Arbeitnehmern machen lassen. Es ist an der Zeit, daß die Mehrzahl der "Leitenden" merkt, daß eine kleine Gruppe wirtschaftlicher Führungskräfte sie zur Spaltung der Arbeitnehmer mißbrauchen möchte, weil die Unterscheidung in Angestellte und Arbeiter zunehmend wegfällt und diese fragwürdige Aufgabe nicht mehr erfüllt.

Die Notwendigkeit, daß Führungskräfte der Wirtschaft sich über ihr Selbstverständnis unterhalten ist - in der Tat - nach diesem unbefriedigenden Symposium größer denn je.
(-/27.2.1980/hj/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

In den nächsten Tagen und Wochen wird der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, in einem Brief an die Rentnerinnen und Rentner die Vorstellungen der SPD für den Ausbau der sozialen Alterssicherung erläutern. Wir dokumentieren den Text im Folgenden.

Liebe Rentnerinnen, liebe Rentner!

Für Sozialdemokraten ist die Rentenversicherung die wichtigste Säule der sozialen Sicherung. Der Ausbau der sozialen Alterssicherung war deshalb stets ein Schwerpunkt unserer Sozialpolitik.

Dem Drängen der Sozialdemokraten ist es zu verdanken, daß mit der Rentenreform 1957 die bruttolohnbezogene, dynamische Rente geschaffen wurde. In den 60er Jahren bedurfte es großer Anstrengungen, um zu verhindern, daß die Rentenversicherung in ihrer Bedeutung für die Sicherung des Lebensstandards im Alter ausgehöhlt wurde.

Unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung ist seit 1969 das soziale Netz enger und fester geknüpft worden. Ich will keine buchhalterische Bilanz der Leistungsverbesserungen aufstellen. Sie selbst sind Zeuge dieses Fortschritts. Ich will nur einen Punkt herausgreifen: Seit 1969 sind die Renten um insgesamt 143 % erhöht worden. Auch wenn man die Preissteigerungen abzieht, heißt das, daß die reale Kaufkraft der Rentner um etwa 50 % gestiegen ist. Hier zeigt sich, in welchem Ausmaß die Rentner am wirtschaftlichen Fortschritt teilgenommen haben - und dies, obwohl es in der Rentenversicherung durch die Weltwirtschaftskrise erhebliche Schwierigkeiten gegeben hat. Diese Schwierigkeiten haben wir durch rechtzeitige und sozial ausgewogene Maßnahmen, die sowohl Rentner wie auch Arbeitnehmer zu tragen haben, gemeistert. Die Rentenversicherung ist heute konsolidiert. Sie hat eine solide finanzielle Grundlage.

In diesen Tagen steht die Rentenversicherung erneut im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Das liegt daran, daß die Sozialdemokratische Partei mit ihrem Programmwurf eine breite Diskussion über Notwendigkeit, Ziele und Lösungsmöglichkeiten einer umfassenden Rentenreform eröffnet hat. Diese Reform, deren Kern der Auftrag des Bundesverfassungsgerichtes zur Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung ist, soll im Jahre 1985 in Kraft treten.

Sie möchten nun mit Recht wissen, wie es in der Rentenversicherung in den nächsten Jahren weitergeht und in welcher Weise Sie durch diese Rentenreform betroffen sind. Ich möchte Ihnen als Vorsitzender der Arbeitsgruppe, in der die SPD-Vorschläge erarbeitet worden sind, einige Erläuterungen dazu geben:

Die Entwicklung der Renten in den nächsten Jahren ist zunächst durch das 21. Rentenanpassungsgesetz bestimmt: Nach einer Rentenerhöhung von 4 % zum 1. Januar 1981, die die Rentenkonsolidierung abschließt, werden sich die Rentenerhöhungen ab 1982 wieder nach der Entwicklung der Bruttolöhne richten. Das haben wir gesetzlich beschlossen. Und dazu stehen wir.

Was nun die Rentenreform angeht, die vor allem die Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung betrifft, so ist der entscheidende Punkt, daß diese Rentenreform in die Zukunft gerichtet ist. Das heißt, daß es für die heutigen Rentnerinnen und Rentner beim geltenden Recht bleibt. Ihre Renten werden wie bisher weitergezahlt und - wie gesagt - ab 1982 wieder jährlich nach der Bruttolohnentwicklung erhöht. Einige der Reformvorschläge der SPD sind aber auch für die heutigen Rentnerinnen und Rentner von Bedeutung.

1.) Ab 1985 soll die Hinterbliebenenversorgung auf eine neue Grundlage gestellt werden. Im Mittelpunkt dieser Neuregelung soll die "Gesamtversorgungsrente" stehen. Danach soll der überlebende Ehepartner eine Rente erhalten, die 70 % der gemeinsamen Rentenansprüche beider Ehepartner beträgt, mindestens jedoch die volle eigene Versichertenrente. Für Versicherte, die nach 1984 in Rente gehen und nach altem Recht neben der eigenen Versichertenrente Anspruch auf eine 60 %ige Hinterbliebenenrente hätten, wird in einer Übergangszeit von 10 Jahren die jeweils für sie günstigste Berechnungsmethode angewandt.



2.) Wir Sozialdemokraten wollen ab 1985 für jedes Kind 1 Versicherungsjahr bei der Rente berücksichtigen. Dieses Baby-Jahr soll auch den heutigen Rentnerinnen zugute kommen. Wir haben uns ganz bewußt für eine Regelung entschieden, die alle Frauen begünstigt, nicht nur die Frauen, die künftig Kinder erziehen, sondern auch die Frauen, die in der Vergangenheit - und das oft unter sehr viel schwierigeren wirtschaftlichen Bedingungen und häufig ohne staatliche Leistungen - Kinder erzogen haben. Konkret bedeutet das, daß die Rentnerinnen für jedes Kind eine Rentenerhöhung von rd. 25,- DM im Monat erhalten.

Mir ist bewußt, daß die gesellschaftliche Bedeutung der Kindererziehung eine weitergehendere rentenrechtliche Anerkennung verdient hätte. Aber der Grundsatz der Gleichbehandlung aller Frauengenerationen und die politische Verantwortung für die finanzielle Solidität (1 Babyjahr kostet 3,5 Mrd. jährlich!), stand bei unseren Vorschlägen im Vordergrund.

3.) Wie Sie wissen, wurde im 21. Rentenanpassungsgesetz gleichzeitig festgelegt, daß 1982 ein Krankenversicherungsbeitrag der Rentner eingeführt wird. Dazu erhalten alle Rentner zusätzlich zu ihrer Rente einen Beitragszuschuß der Rentenversicherung, der genauso hoch ist wie der Krankenversicherungsbeitrag. Für Rentner, die nur eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten, bedeutet das, daß sie durch diesen Krankenversicherungsbeitrag nicht belastet werden. Wer allerdings zusätzliche Renteneinkommen hat, z.B. Betriebsrenten oder Pensionen, muß für diese Zusatzeinkommen künftig einen Krankenversicherungsbeitrag zahlen. Damit soll sichergestellt werden, daß entsprechend dem Grundprinzip unserer sozialen Krankenversicherung jeder nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur Finanzierung seiner Krankenversicherung beiträgt.

Die SPD sagt in ihrem Rentenreformprogramm offen und ehrlich, daß sie prüfen will, ob auch die Rentner der Rentenversicherung - allerdings erst nach 1985 - mit ihrer Rente an ihrer Krankenversicherung beteiligt werden müssen. Hinter diesen Überlegungen steht ein ernsthaftes Problem. Mir liegt sehr daran, es Ihnen zu verdeutlichen:

Wie Sie wissen, ist die Grundlage der Rentenversicherung die Generationensolidarität: Die jeweils erwerbstätige Generation finanziert mit ihren Beiträgen die Renten. Diese Generationensolidarität ist - das ist meine feste politische Überzeugung - auf Dauer nur dann gesichert, wenn sich die verfügbaren Einkommen der Rentner und der Arbeitnehmer gleichgewichtig entwickeln. Dieses Ziel wäre jedoch bei der vorgesehenen dauerhaften Rückkehr zur bruttolohnbezogenen, dynamischen Rente dann gefährdet, wenn die Arbeitnehmer mit höheren Steuern oder Sozialabgaben belastet werden müßten. Denn in diesem Fall wären die bruttolohnbezogenen Rentensteigerungen höher als die Zuwächse der verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer.

Sie werden verstehen, daß für diesen Fall im Interesse eines verlässlichen Generationsvertrages Vorsorge getroffen werden muß. Deshalb wollen wir prüfen, ob die Rentner nach 1985 schrittweise einen Teil des Krankenversicherungsbeitrages selbst aufbringen sollen. Das kann allerdings nur in behutsamen Schritten erfolgen. Die Regelung muß außerdem sozial ausgewogen gestaltet werden: Niedrigere Alterseinkommen müßten von der Beitragszahlung ausgenommen werden. Langfristig würde es höchstens dazu führen, daß die Rentner - wie die Arbeitnehmer - die Hälfte des Krankenversicherungsbeitrages selbst zu tragen hätten, während die andere Hälfte - wie der Arbeitgeberanteil - auf Dauer von der Rentenversicherung als Solidarbeitrag übernommen werden müßte.

Wir Sozialdemokraten haben uns diese Überlegungen nicht leichtgemacht. Aber es wäre unredlich, den Rentnern eine dauerhafte Rückkehr zur bruttolohnbezogenen, dynamischen Rente zu versprechen, ohne zugleich für den Fall vorzusorgen, daß sich die Renten und Arbeitnehmerinkommen auseinanderentwickeln.

Unsere Überlegungen zum Rentnerkrankenversicherungsbeitrag dienen der Festigung der Solidarität der Generationen; sie liegen daher auch im Interesse der Rentner.

Ich bitte um Ihr Verständnis und Vertrauen! Wenn Sie noch Fragen oder Anregungen haben, schreiben Sie mir bitte!

Mit freundlichen Grüßen
Ihr
Herbert Wehner

Verantwortlich: Willi Carl

